

Bonner Spitzentreffen fordert Reform der Altersvorsorge, gleiche Wettbewerbsbedingungen und weniger Regulatorik

Das diesjährige Spitzentreffen der deutschen Vermittlerschaft am 7. Oktober in Bonn mahnt Reformen in der gesetzlichen, betrieblichen und privaten Altersvorsorge an. Darüber hinaus verlangt das 21. Treffen der Vorstände der Vertretervereinigungen, des Arbeitskreises Vertretervereinigungen der Deutschen Assekuranz (AVV) und des Bundesverbandes Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) gleiche Wettbewerbsbedingungen mit Finfluencern sowie eine Abkehr von überbordender Bürokratie und Regulatorik.

In der „[Bonner Erklärung](#)“ appellieren die Vermittler eindringlich an die Bundesregierung, die Altersvorsorge grundlegend zu reformieren und generationengerecht auszurichten. Dafür sei es nötig, die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest zu gestalten, um die steigenden Belastungen für Beitrags- und Steuerzahler abzumildern, etwa durch einen angemessenen Mix aus moderater Erhöhung des Renteneintrittsalters, des Beitragssatzes und Anpassung der Rentenhöhe.

Flankierend dazu müsse die betriebliche Altersvorsorge (bAV) vereinfacht werden, um mehr Betriebsrenten zu ermöglichen und sie für kleine und mittlere Unternehmen attraktiver zu machen. Zwar gehe dafür der vom Kabinett verabschiedete Referentenentwurf zum Betriebsrentenstärkungsgesetz mit der Öffnung des Sozialpartnermodells, der Einführung von Opt-out-Klauseln, besserer Portabilität bei Arbeitgeberwechsel sowie stärkerer Förderung von Geringverdienern in die richtige Richtung. Dennoch sei die bAV immer noch zu komplex und insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen mit rechtlichen Unsicherheiten behaftet.

Die Vermittler mahnen zudem eine grundlegende Reform der privaten Altersvorsorge, insbesondere der Riester-Rente, an. Weniger Bürokratie, flexiblere Ausgestaltung bei Garantiezusagen und eine Erweiterung des förderfähigen Personenkreises sind seit Jahren zentrale Forderungen der Vermittlerschaft.

Besorgt zeigen sich die Vermittler über die wachsende Rolle sogenannter Finfluencer. Sofern Finfluencer Versicherungsprodukte empfehlen oder gar zum Abschluss animieren, betreiben sie faktisch Versicherungsvertrieb und müssen daher gleiche Wettbewerbsregeln erfüllen.

Darüber hinaus fordert die Vermittlerschaft einen spürbaren Abbau von Bürokratie und Regulatorik. Der zunehmende Aufwand durch Datenschutzvorgaben, ESG-Berichtspflichten und Produkthaftung belasten insbesondere kleinere Vermittlerbetriebe und gefährden die persönliche Beratung. Es brauche daher eine verhältnismäßige Regulierung, die auf Praxistauglichkeit setzt, statt auf Detailversessenheit. Bestehende Regelwerke sollten zunächst evaluiert werden, bevor neue beschlossen werden – insbesondere im Hinblick auf europäische Vorhaben wie die EU-Kleinanlegerstrategie (RIS) und die Financial Data Access Regulation (FiDA).